

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Demokratie als Dystopie

Wie politische Bildung dem
entgegenwirken kann

Daniela Ingruber

In der Ausgabe 46, 2022:
„Corona, Demokratie und politische Bildung.
Ansatzpunkte, Deutungen, Zugänge“



Demokratie als Dystopie

Wie politische Bildung dem entgegenwirken kann

Daniela Ingruber

Zitation Ingruber, Daniela (2022): Demokratie als Dystopie. Wie politische Bildung dem entgegenwirken kann. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 46, 2022. Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-46/>.

Schlagworte: Demokratiekrise, Partizipation, politische Bildung, Resilienz, Nancy, Agamben, Corona, Dystopie, Öffentlichkeit, Ausnahmezustand, Einsamkeit, Homeoffice, Resilienz



Abstract

Aktuell gibt es einige demokratiepolitische Herausforderungen und Widersprüche, die ein dystopisches Bild zeichnen: Von der Demokratie wird viel gefordert, man will aber wenig dafür geben. Sie hat so zu sein, wie sie gefällt – voller Freiheiten und Rechte, aber ohne Pflichten. Funktioniert das nicht, wird sie kurzerhand als Diktatur beschimpft. Die Gesellschaft driftet auseinander. Immer mehr Menschen leiden an den sozialen, ökonomischen und psychischen Folgen der Covid-19-Pandemie. Selbst wenn die Pandemie vorübergeht, bleibt das Misstrauen gegenüber den demokratischen Institutionen sowie gegenüber manchen Mitbürger*innen bestehen – man hat sich an das Abgrenzen von ihnen gewöhnt. Politische Bildung könnte einige der durcheinandergeratenen Begrifflichkeiten zurechtrücken. Sie könnte Rechte und Pflichten der Demokratie aufzeigen und verstehen helfen, dass Demokratie letztlich zerbrechlich ist. Dazu muss sie aber weit über die Schule hinaus gedacht werden, in den Alltag der Bevölkerung hinein. Sie muss Vertrauen in die Demokratie und in ihr Funktionieren vermitteln, Gefühle und Sorgen ernst nehmen und dabei helfen, diese einzuordnen. Dazu muss sie auch unbequeme Themen anfassen und darf keine Angst davor haben, sich mit dem Alltag zu beschäftigen. Denn auch wenn sich die Demokratie in der Krise manchmal gegen eigene Prinzipien kehrt zugunsten von Sicherheit und Schutz, bietet doch unter allen Systemen nur sie die Gelegenheit, täglich zu lernen und sich eigenständig zu entwickeln, sodass sie auch noch in die Zukunft passt. (Red.)

Demokratie als Dystopie

Wie politische Bildung dem entgegenwirken kann

Daniela Ingruber

Es scheint eine Ewigkeit zurückzuliegen, da war die Diskussion, ob sich die Demokratie als politisches System abgenützt habe, vor allem eine akademische. Handlungsbedarf sahen insbesondere Wissenschaftler*innen sowie politische Parteien – Letztere vorwiegend als Kritik an jener Form der Demokratie, die die politischen Gegner*innen gerade vertraten. Durch solch konstante Diskussionen, die in den Medien gespiegelt wurden, bewegte sich die Kritik an der Demokratie immer mehr in eine allgemeine öffentliche Debatte.

Eine Krise wurde herbeigeredet ebenso wie herbeigiert, indem Politiker*innen sowie ihre Berater*innen weniger auf die Bevölkerung hörten als auf wirtschaftliche oder parteipolitische Befindlichkeiten. Post-Demokratie nannte das Colin Crouch (2008) in seinem Buch, mit dem er den Zeitgeist ebenso traf wie selbst begründete.

Mit der medial beförderten Diskussion wuchs der Zweifel an der Demokratie, breitete sich aus – in den Vorstellungen setzte sich fest, dass es etwas Neues brauche, ohne festzulegen, was das sein könne oder solle. Dieser Zweifel schwächte den Glauben an die liberale Demokratie und öffnete das Tor für andere Formen ihrer selbst. Viktor Orbán etwa erkannte darin für sich die Chance, eine sogenannte illiberale Demokratie zu gestalten, ganz nach seinen Vorstellungen. Glücklicherweise ist, wer es sich aussuchen kann, in welchem System das (Zusammen-)Leben demokratiepolitisch wertschätzender abläuft (vgl. de Weck 2021, S. 203), und nicht auf die diesbezügliche Propaganda hören muss.

Die Demokratie als Jukebox

Dann kam das Jahr 2020. Mit der Covid-19-Pandemie wurde die Debatte um den Nutzen, aber auch die Gefahr für die Demokratie eine alltägliche. Polemisch formuliert: In der Bevölkerung Österreichs gab es bald ebenso viele Demokratiekennner*innen wie Coronaexpert*innen, etwa 8 Millionen an der Zahl. Hätte man das rege Interesse an politischer Diskussion vor einigen Jahren noch positiv beurteilt und als notwendige Politisierung der Bevölkerung betrachtet, ist inzwischen nicht nur eine gewisse Demokratiemüdigkeit spürbar (siehe Perlot et al. 2021), sondern auch eine Erschöpfung ob der unentwegten und inzwischen auch nahezu unversöhnlich scheinenden Diskussion darüber (siehe Ingruber 2022). Vor allem wenn man danach fragt, was die Demokratie braucht, um für die Bevölkerung funktionieren zu können, findet man oft Ratlosigkeit. Demokratie, so der Tenor, ist für mich/uns da – nicht umgekehrt. Die demokratische Jukebox spielt, wie ihr befohlen. Genau darin liegen einige der aktuellen

demokratiepolitischen Probleme. Politische Bildung könnte einige der durcheinandergeratenen Begrifflichkeiten zurechtrücken, dazu muss sie weit über die Schule hinaus gedacht werden, in den Alltag der Bevölkerung hinein.

Demokratie nämlich ist das System, in dem alle nicht nur Recht haben wollen, sondern das Recht innehaben, Recht zu haben und sich ihr Recht zu nehmen. Die österreichische Verfassung zu kennen, scheint dafür nicht wesentlich zu sein. So kann Österreich als Wohlfühl- und Demokratie bezeichnet werden, in der viel gefordert wird, man dafür aber nur wenig geben muss (siehe Ingruber 2021b). Sollte zu viel von einem gefordert werden, wünscht man sich eine andere Form der Demokratie, macht das über TikTok oder Instagram bekannt und hat obendrein noch das Gefühl, dadurch partizipiert zu haben. Sowohl Alexander Bogner (2021, S. 14) als auch Natascha Strobl (2021, S. 125) weisen diesbezüglich auf den Spruch von Pippi Langstrumpf hin, die sich ihre Welt so macht, wie sie ihr gefällt – auch und vor allem in den Sozialen Medien, notfalls mit Fake News.

Diesem Prinzip wird seit Beginn der Covid-19-Pandemie und den Maßnahmen zur Bewältigung derselben zunehmend auch die Demokratie unterworfen, indem sie so zu sein hat, wie sie gefällt; mit anderen Worten: voller Freiheiten und Rechte und ohne Pflichten. Funktioniert das nicht oder stößt dieser Wunsch an Grenzen, wird die Demokratie kurzerhand als Diktatur beschimpft, wobei man bereit ist, autoritär organisierten Gruppierungen zu folgen, weil man sich in der Demokratie ja so schlecht behandelt fühlt (siehe Nocun/Lamberty 2020). Spätestens hier sollte der Hinweis folgen, dass es guttäte, Begriffe zu recherchieren, ehe sie groß hinausgeschrien werden, wie Heidi Kastner (2022) in ihrem berühmten Buch „Dummheit“ unumwunden empfiehlt.

Ein Begriff zwischen Sehnsucht und Gewohnheit

Hinter diesem Paradox steckt nicht zuletzt, dass Demokratie als ein Sehnsuchtsbegriff fungiert. Sie scheint dann am wichtigsten und wünschenswertesten, wenn sie in Gefahr ist oder gar nicht existiert. Dann zeigt sie ihre schönsten Seiten und wirkt voller

Versprechen an die Zukunft. Alles würde gut werden, besser sogar, friedlicher, partizipativer...

Die Demokratie hat im Zuge der Sehnsuchtsuche einige Wandlungen durchgemacht, vom Hoffnungsträger zur Selbstverständlichkeit, und dadurch zu etwas, das seine Bedeutung jenseits der Verfassung verloren hat und zurechtgebogen werden kann, wie man es braucht. Die einen sehnen sich nach mehr direkter Demokratie, andere nach Führung, wieder andere wollen ein ganz neues System, der Demokratie ähnlich, doch unverbraucht. In den Demonstrationen gegen die Covid-19-Maßnahmen wurde jede dieser Vorstellungen irgendwann gefordert, auch jene, Demokratie ganz abzuschaffen.

Das mag auch daran liegen, dass Demokratie schlussendlich einen Gewohnheitsbegriff darstellt. Es gibt sie einfach, man ist mit ihr aufgewachsen und weil sie so selbstverständlich ist, muss man nicht darüber nachdenken, was sie bedeutet, sondern kann sich zurücklehnen, sie genießen, sie aber auch nicht (be)achten oder gar ignorieren.

In keine Staatsform werden so viele Erwartungen gesetzt wie in die Demokratie. Was sie vielfältig macht, macht sie auch verletzlich, denn sie kann nie allen Erwartungen, allen Wünschen gerecht werden. Es wird immer auch enttäuschte Bürger*innen geben. Und: Trotz aller Biegsamkeit kann sie doch brechen. Dies zu begreifen, könnte bald existentiell werden, und nicht zuletzt hier wird politische Bildung benötigt, denn so schwer es auch sein mag, sich ein anderes Regime in Europa vorzustellen, Demokratie ist – so lehrt der erneute Angriff Russlands auf die Ukraine seit Februar 2022 – weit zerbrechlicher, als man in Erinnerung hatte, und sie kommt für viele noch immer einem Feindbild gleich.

Zerbrechen kann sie ebenso an interner Kritik. Martin Hecht schrieb kurz vor Ausbruch der Pandemie, dass die Unzufriedenheit von Bürger*innen mit der Demokratie vor allem an einer Desillusionierung der unbegrenzten Möglichkeiten liege (Hecht 2021, S. 153). Er bezieht das auf die euphorischen Versprechen des World Wide Web, die nicht gehalten haben. In der Einsamkeit des Homeoffice und der Überforderung durch Neuaufstellung des Alltags wurde dies besonders deutlich. Man war in der Sorge um Covid-19 plötzlich auf sich selbst

zurückgeworfen. Weder Wirtschaft noch Staat schienen die Antworten auf die Fragen des neuen Alltags zu haben.

Dystopie, der hoffnungslose Ort

Auf den Punkt brachte es die Wiener Band „Ja, Panik“, die den Zustand in ihrem 2020 veröffentlichten Album als „Apocalypse or Revolution“ besang. Der Song wurde zwar vor Ausbruch der Pandemie geschrieben, fing die Befindlichkeit der Bevölkerung aber wie eine Vorsehung ein. Ein musikalischer Sci-Fi-Eindruck, der die Bilder von verlassenen Plätzen und den offenen Fragen im Rückzug ins Private vorwegnahm.

So sehr die Leere des vernachlässigten öffentlichen Raums ab März 2020 an dystopische Filme erinnerte (siehe Ingruber 2021a), liegt die eigentliche Dystopie im Auseinanderdriften der Gesellschaft. Die Gegenwart zeigt sich hoffnungslos wie in Science-Fiction-Filmen, in denen die Zukunft meist undemokratisch, einsam, gewalttätig und perspektivenlos porträtiert wird. Für einen Film sind die dadurch entstehenden Bilder mindestens ebenso interessant wie die Herausforderungen für die Held*innen. In der Realität wirkt diese Ästhetik weit weniger glanzvoll und führt selten zum Hollywood-Happy End. Dieser gefühlte Zustand wird erst jetzt, zu Ende der Pandemie, deutlich sichtbar: Immer mehr Menschen leiden an den sozialen, ökonomischen wie psychischen Folgen. Und: Selbst wenn diese Pandemie vorübergeht und nicht von einer anderen abgelöst wird, bleibt das Misstrauen gegenüber den demokratischen Institutionen sowie gegenüber manchen Mitbürger*innen, weil man sich an das Abgrenzen von ihnen gewöhnt hat (siehe Ingruber 2021b).

Dystopie ist nichts anderes als der Ort, an den man den Glauben verloren hat, der Ort, an dem man nicht sein will. Sie ist die Kehrseite der Utopie, der Ort ohne Hoffnung, ohne Vertrauen. Mit der Verunsicherung in der Zeit der Pandemie verliert sich auch der Glaube an die Zukunft. Das Gefühl von ununterbrochenem Verlust steht im Raum: der Verlust von mehr als zwei Jahren freien Lebens, der Verlust des Jobs und der Kontrolle. Dieses Gefühl hinterlässt langfristig Narben (vgl. Amlinger/Nachtwey 2021, S. 15; Nocun/Lamberty 2020, S. 265). Da auch

Freundschaften zu den Verlusten der Pandemie gehören und manchen die Geduld verlorenging (vgl. Maurer 2017, S. 57), haben viele verlernt, sich miteinander und untereinander auseinanderzusetzen. Das digitale Zeitalter bietet den perfekten Ausweg: Es ist einfach, sich jederzeit digital mit Menschen zu umgeben, sobald es allerdings unbequem zu werden droht, klickt man diese weg. So umgeht man jeden Konflikt, jede Diskussion, jeden Widerspruch – und gewöhnt sich daran. Das Bild der betreffenden Person ist mit einem Klick ebenso schnell weg wie die Erinnerung an den Moment. Fern-Nähe nennt das Alexander Kluge recht treffend (vgl. Schirach/Kluge 2020, S. 39).

Giorgio Agamben (2021, S. 27) bezeichnete es als den Ausnahmezustand, der zum Normalzustand geworden ist. Die Omnipräsenz der sogenannten Coronakrise war mehr als zwei Jahre lang übermächtig. Der Krisenbegriff ist inzwischen so vertraut, dass man ihn nicht mehr in Frage stellt. Jean-Luc Nancy antwortet auf Agamben so: „*Das Virus bringt die Widersprüche in unserem modernen Leben zum Vorschein*“ (Nancy 2022, 12; Übers. D.I.). Um mit diesen zurechtzukommen, fordert Nancy die Beschäftigung mit wesentlichen Begriffen, darunter jenem der Freiheit, weil er je nach (politischen) Interessen umgedeutet und sinnentleert, neu definiert wird (vgl. ebd., S. 38), ausgerichtet auf das Ich statt auf ein Wir. Nancy formuliert als Gegenentwurf dazu: „*Diese Freiheit muss mit den Freiheiten anderer koexistieren, und muss sich mit den gemeinsamen Interessen und Ideen von Solidarität arrangieren*“ (ebd., S. 47; Übers. D.I.).

Freiheit stellt vor allem einen Mythos dar, der ebenso häufig missverstanden wird wie Demokratie. Denn auch für die Freiheit braucht es die Gemeinschaft. Der Mensch, der sich allein auf einer Insel befindet, ist nicht frei, sondern einsam. Frei ist ein Mensch immer nur in Zusammenhang mit anderen. Freiheit kann man nur teilen, um sie zu erhalten.

Es wird in Zukunft mehr denn je die Aufgabe der politischen Bildung sein, die Bedeutung von Begriffen verständlich zu machen und sie so in den Alltag zu integrieren. Damit wird politische Bildung deutlich greifbarer. Wer das umsetzen soll, liegt auf der Hand. Politische Bildung geht immer mehr aus den Institutionen raus und braucht die Involvierung

aller. Medien leisten ihren Beitrag, doch wird Aufklärung immer mehr zur Aufgabe der Zivilgesellschaft werden. Hannah Arendt erklärte warum. Sie argumentierte, dass jeder Mensch, „*indem er handelt, in ein Gewebe von sozialen Prozessen eingebunden*“ (Arendt 2018, S. 63) ist und letztlich „*manchmal in ihm gefangen*“ (ebd.). Das entspricht genau dem Gegenteil dessen, was in der dystopischen Abgeschlossenheit der letzten Jahre erlebt wurde. Freiheit war das Konzentrieren auf das Individuum nicht, konnte es auch gar nicht sein, wie Nancy argumentiert, weil Freiheit nie zuvor so verstanden worden war, dass es nur um einen selbst ginge (vgl. Nancy 2022, S. 38). Arendt zieht diesbezüglich die Karte der gesellschaftlichen Verantwortung (vgl. Arendt 2018, S. 32). Partizipation und politische Bildung kommen einander hier sehr nahe.

Streitende Weltbilder

Die Demokratie sollte, so wird gefordert, in der Krise die Quadratur des Kreises schaffen. In ihrem Namen und im Namen der ihr zugeschriebenen (Menschen-)Rechte, der Verfassung und der bürgerlichen Freiheiten. Bei Nichtgefallen wird gedroht, sich ihrer zu entledigen, so wie die Wegwerfgesellschaft alles ganz einfach loswerden kann. Der Markt, irgendein Markt, wird schon etwas Passendes zur Nachfolge senden. Auch das ist Teil der aktuellen Dystopie, dass man eher bereit ist, auf die Vorteile der Demokratie zu verzichten, als den aktuellen Zustand zu ertragen. Dann ist jede Nachricht glaubwürdig, solange sie die eigene Emotion spiegelt (siehe Nocun/Lamberty 2020).

Man hat genug von Politiker*innen, will eine Expert*innenregierung, aber letztlich keine Expert*innen, die das Gegenteil von dem sagen, was man selbst ersehnt. Die eigene Meinung wird dementsprechend höher gehalten als die Meinung anderer und durch die eigenen Gefühle verstärkt. Wie in zahllosen Artikeln erklärt, beweist der Umstand, dass man demonstrieren und den Staat, seine Politiker*innen sowie die anderen Bürger*innen nahezu straflos beschimpfen kann, dass man eben nicht in einer Diktatur lebt (siehe u.a. Kastner 2022). Dieses Wissen jedoch wird ebenso ignoriert wie vieles andere rund um das demokratische Miteinander. Bogner (2021, S. 31) spricht in einem solchen

Zusammenhang auch von einem „*Streit zwischen Weltbildern*“. Man kann einen Schritt weiter gehen und anerkennen, dass es in den letzten zwei Jahren zu einer Demokratisierung verschiedener Weltbilder gekommen ist, die nicht mehr dasselbe wollen, einander teilweise ausschließen, sich sogar intern selbst ausschließen oder widersprechen. Die Dystopie, das Nicht-dasein-Wollen, ist somit wenig anderes als die Wortlosigkeit, als der selbstverständliche Austausch von Wissen gegen Glauben und Emotion. Die „*heilsame Kraft des Wissens*“ (ebd., S. 16) prallt zunehmend an Gleichgültigkeit und selbstgewählter Ignoranz ab. Warum auch etwas glauben wollen, das unbequem ist?

All dem kam in den letzten Jahren ausgerechnet der Ruf nach Resilienz entgegen. Der Wunsch, sich in der aktuellen Situation zurechtzufinden, damit umgehen zu können und statt politischer Partizipation eher den Rückzug zu wagen, der Wunsch, sich um sich selbst zu kümmern und die Krise zu überstehen, trieb die Freude an der Ignoranz zuweilen nur noch an. Überteuerte Kurse, Selbsthilfebücher, aber auch kosmetische Produkte, die allesamt Resilienz versprochen, befeuerten den Ich-Faktor (siehe Ingruber 2022) und bestätigten auch den Wunsch nach Nichtwissen-Wollen, da es ja zu reichen schien, sich mit sich selbst zu beschäftigen und nur jenes Wissen an sich heranzulassen, das einem guttat.

Die Problematik liegt auf der Hand: „*Resilienz verspricht ein besseres Durchkommen durch die Krise – nicht eine Veränderung der Verhältnisse*“ (Stefanie Graefe zit. in Hausbichler 2021, o.S.). Für die ohnehin schon stattfindende Krise der Demokratie bedeutet die Suche nach Resilienz einen Backlash. Demokratie wird als das „Fundament“ der Zivilisation gehandelt und zugleich als störungsanfällig bezeichnet (vgl. de Weck 2021, S. 203). Diese Störungsanfälligkeit liegt – das zeigt die Pandemie recht deutlich – an missverständlicher Suche nach Resilienz und ebenso missverständlicher Wissensbildung, am Unverständnis gegenüber Rechten und Pflichten und der Unkenntnis derselben. Politische Bildung kann das ändern, allerdings muss sie weg von der reinen Lehre der Institutionen. Denn wie auch immer sich die Gesellschaft nach der Pandemie entwickeln wird, es wird mehr und neue Formen der Partizipation brauchen, um den dystopischen Elementen in der Demokratie entgegenzuarbeiten. Das

muss sich in der politischen Bildung widerspiegeln, die sich auch auf die Wissensverweigerung einstellt. Dann ist der aufklärende Vortrag zwar wichtig, kann aber nicht alleine stehen, weil man zunächst Vertrauen in die Demokratie und ihr Funktionieren zu vermitteln hat.

Wissensbildung und Emotion

Während nämlich die Demokratie verschiedene Meinungen zulässt, beruft sich die politische Bildung klar auf Fakten. Das schließt nicht aus, Gefühle und Sorgen ernstzunehmen. Ganz im Gegenteil, politische Bildung kann im Zuge der Wissensvermittlung dabei helfen, diese einzuordnen, denn erst wenn man selbst versteht, warum man so denkt und gar nicht anders denken will, findet man seinen geeigneten Platz in der Gesellschaft.

Für die politische Bildung wird deutlich: Im Zuge der Pandemie hat sich die Aufmerksamkeit für demokratische Prozesse gewandelt, doch es wurde auch sichtbarer als je zuvor, dass Teilen der Bevölkerung nicht nur das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen fehlt, sondern ebenso das demokratiepolitische Werkzeug, um Prozesse einordnen zu können – oder diese überhaupt einordnen zu wollen. Das macht diese Menschen leichter manipulierbar.

Dieses Thema dürfte eine der großen Herausforderungen, demokratiepolitisch und gesellschaftlich werden. Denn stellte die Covid-19-Pandemie eine interne Bedrohung für die Demokratie dar, indem sich die Bevölkerung gegen die Maßnahmen zu wehren begann und an der Legitimität der eigenen Regierung zu zweifeln beginnen wollte, wurde mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sehr schnell klar, dass nun die Demokratie von außen bedroht wird, wobei „von außen“ nicht außerhalb Österreichs bedeutet, sondern außerhalb der Demokratie

an sich. Welchen Effekt dies auf die Spaltung der Gesellschaft haben wird, bleibt bei Verfassen dieses Beitrags offen. Feststeht schon jetzt, dass Fake News, Propaganda und psychische ebenso wie physische Gewalt nicht verschwinden werden, gerade weil diese für „Akteure, die Gesellschaften destabilisieren wollen“ (Jaster/Lanius 2019, S. 93), reizvoll sind und „das ideale Werkzeug bieten“ (ebd.). Dann kann man nur noch mit Martin Hecht (2021) hoffen, dass das „Gen des Zusammenhalts“ und das „Gen der Freiheit“ tatsächlich existieren.

In der Krise ist die Demokratie nicht immer hübsch anzusehen und kehrt sich manchmal gegen die eigenen Prinzipien, um ein anderes Prinzip wie Sicherheit oder Schutz zu betonen, und doch bietet unter allen Systemen nur sie die Gelegenheit, sich eigenständig zu entwickeln, sodass sie auch noch in die Zukunft passt (vgl. de Weck 2021, S. 221), nicht nur in die Gegenwart. Niemand hat Antwort auf die Frage, was denn kommen sollte, wenn die Demokratie als das vielzitierte beste unter den schlechten Systemen ausgetauscht würde. Kritik ist leicht, das Schaffen eines fehlerfreien Ersatzes für Demokratie bis heute erfolglos.

Demokratie kann vor allem eines: Sie gibt die Gelegenheit zu lernen. Wie man Demokratie jeden Tag aufs Neue verteidigen muss, offen sein muss für Veränderung, ohne das System an sich zu ändern, so hat man auf diese Weise auch die Gelegenheit, täglich zu lernen. „*Wo die Saat der Demokratie einmal aufgegangen ist, verwandelt sie die mentale Landschaft. Demokratie schafft eine psychologische, das heißt eine harte Tatsache: Diktatur ist fortan nie mehr ‚normal‘, der Autoritarismus nie mehr ganz legitim*“ (ebd., S. 202).

Das kann aber nur gelingen, wenn Demokratie von einer politischen Bildung begleitet wird, die unbequeme Themen anfasst und keine Angst davor hat, sich mit dem Alltag zu beschäftigen.

Literatur

- Agamben, Giorgio (2021):** An welchem Punkt stehen wir? Die Epidemie als Politik. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2021):** Sozialer Wandel, Sozialcharakter und Verschwörungsdenken in der Spätmoderne. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 35-36, S. 13-19. Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/verschwörungstheorien-2021/339278/sozialer-wandel-sozialcharakter-und-verschwörungsdenken-in-der-spaetmoderne/> [Stand: 2022-05-19].
- Arendt, Hannah (2018):** Was heißt persönliche Verantwortung in einer Diktatur? München: Piper.
- Bogner, Alexander (2021):** Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. 2. Aufl. Ditzingen: Philipp Reclam.
- Crouch, Colin (2008):** Postdemokratie. Berlin: Suhrkamp.
- de Weck, Roger (2021):** Die Kraft der Demokratie. Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre. Berlin: Suhrkamp.
- Hecht, Martin (2021):** Die Einsamkeit des modernen Menschen. Wie das radikale Ich unsere Demokratie bedroht. Bonn: Dietz.
- Hausbichler, Beate (2021):** Soziologin Graefe: „Resilienz ist ein Alternativangebot zur Kritik“. Interview. In: Der Standard, 6. Januar 2021. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000122671694/soziologin-graefe-resilienz-ist-ein-alternativangebot-zur-kritik> [Stand: 2022-05-19].
- Ingruber, Daniela (2021a):** Demokratie als Dystopie. In: extra (Wochenend-Beilage der Wiener Zeitung), 13./14. Dezember 2021, S. 31-32.
- Ingruber, Daniela (2021b):** Herdenresilienz statt Rückzug und Eskalation. In: Die Furche 39, 30. September 2021, S. 8.
- Ingruber, Daniela (2022):** Soziale Kohäsion in und nach der Pandemie. Es braucht mehr als den Aufruf, resilient zu werden. In: Dialer, Doris/Hainzl, Christina/Kuske, Hannah: Gesundheitspolitik und Gesellschaft in der COVID-19-Krise, S. 303-315.
- Jaster, Romy/Lanius, David (2019):** Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen. 6. Aufl. Ditzingen: Reclam.
- Kastner, Heidi (2022):** Dummheit. 9. Aufl. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Maurer, Thomas (2017):** Die Pluralität der Radikalisierung – Eine systematische Analyse der Theorieansätze zur Radikalisierungsforschung. In: Journal for Deradicalization 13 (2017/18), S. 49-100. Online: <https://journals.sfu.ca/jd/index.php/jd/article/view/124/102> [Stand: 2022-05-19].
- Nancy, Jean-Luc (2022):** An All-Too-Human Virus. Cambridge: polity press.
- Nocun, Katharina/Lamberty, Pia (2020):** Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Köln: Bastei Lübbe AG/Quadrige.
- Perlot, Flooh/Grimm, Marc/Hainzl, Christina/Ingruber, Daniela/Juen, Isabella/Nutz, Viktoria/Oberluggauer, Patricia (2021):** Demokratieradar, Welle 7 – Autoritarismus und Corona. Datensatz. Version 1.0. Krems/Graz. Online: <https://www.austriandemocracylab.at/demokratieradar/> [Stand: 2022-05-19].
- Schirach, Ferdinand von/Kluge, Alexander (2020):** Trotzdem. München: Luchterhand.
- Strobl, Natascha (2021):** Radikaler Konservatismus. Eine Analyse. 4. Aufl. Berlin: Suhrkamp.



Foto: Ramona Waldner

Dr.* Daniela Ingruber

<http://www.donau-uni.ac.at/desit>
+43 (0)664 2243823

Daniela Ingruber arbeitet als Demokratie- und Kriegsforscherin an der Universität für Weiterbildung Krems (Donau-Universität) am Research Lab for Democracy and Society in Transition. Zudem bereitet sie NGO-Mitarbeiter*innen auf die Arbeit in Konfliktregionen vor und arbeitet als Autorin und Moderatorin für Filmfestivals. 2012-2016 war sie an der UN-mandated University for Peace in Costa Rica tätig, vorher Chefredakteurin und parlamentarische Mitarbeiterin. Forschungsschwerpunkte sind Konflikttransformation, Demokratieverständnis, Oral History, Politische Bildung sowie ethischer Journalismus. Nähere Informationen zu Daniela Ingruber sowie News, ein Blog und eine Text-Sammlung der Autorin finden sich auf ihrer Website www.nomadin.at.

Democracy as Dystopia

How political education can counteract it

Abstract

There are currently several democratic challenges and contradictions that paint a dystopian picture: Much is demanded of democracy, yet people don't want to give much for it. It has to be how people like it to be—full of freedoms and rights without any responsibilities. If this doesn't work, it is called a dictatorship without further ado. Society is drifting apart. More and more people are suffering from the social, economic and psychological consequences of the COVID-19 pandemic. Even when the pandemic passes, mistrust of democratic institutions and of some of our fellow citizens will remain—we have become accustomed to isolating ourselves from them. Political education could straighten out some of the terminology that has become confused. It could demonstrate rights and responsibilities of democracy and help people understand that democracy is ultimately fragile. Yet it must not be limited to school but enter into the everyday life of the population. It must communicate trust in democracy and its functioning, take feelings and concerns seriously and help to come to terms with them. It must also tackle uncomfortable topics and may not be afraid of dealing with everyday life. For even if democracy in crisis sometimes turns against its own principles for the benefit of safety and protection, of all systems it is the only one to offer the opportunity to learn every day and develop independently so that it still has a place in the future. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783755792864

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



• Bundesinstitut für erwachsenenbildung

Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber*innen der Ausgabe 46, 2022

Sonja Luksik MA (ÖGPB)
Dr. Stefan Vater (VÖV)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

MinR Robert Kramreither (BMBWF)

Fachbeirat

Univ.-Prof.* Dr.* Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.* Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Mag.* Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.* Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.* Andrea Kraus

Satz

Mag.* Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at